

DEMOKRATIE IN UNORDNUNG – SIEBEN IMPULSE FÜR DIE POLITISCHE BILDUNG

Die Profession der politischen Bildung hat stets die Aufgabe, sich angesichts veränderter politischer Rahmenbedingungen und gesellschaftspolitischer Herausforderungen neu zu verorten. Es gilt, die eigenen gesellschaftspolitischen Ziele, Formate und Methoden kritisch zu reflektieren und weiterzuentwickeln. Über die vergangenen Jahre hat sich eine zunehmende Polarisierung gesellschaftlicher Diskurse in Deutschland und Europa aufgebaut, die nicht selten mit einer verdeckten oder offenen Infragestellung der repräsentativen Demokratie und der pluralistischen Gesellschaft einhergeht. Zugleich nimmt die Öffentlichkeit verstärkt wahr, wie die dynamisch fortschreitende Digitalisierung nicht nur den Alltag und die Arbeitswelt verändert, sondern auch neue Informationskanäle, Kommunikationsräume, Mobilisierungsmöglichkeiten und Manipulationsrisiken für demokratische Aushandlungsprozesse mit sich bringt. Beide Phänomene sind nicht neu. Angesichts der Vielzahl transnationaler Herausforderungen, von denen die Steuerung einer europäischen Währung, der Umgang mit einer sprunghaft gestiegenen Anzahl an Bürgerkriegsflüchtlingen und der Klimaschutz nur die prominentesten sind, überlagern sie sich jedoch mit der grundsätzlichen Skepsis gegenüber der Steuerungsfähigkeit nationalstaatlich verfasster Demokratien und einer Krise des europäischen Projekts. In der Kombination dieser Faktoren ist erstmals seit langer Zeit auch in der deutschen Öffentlichkeit der Eindruck entstanden, dass der demokratische und pluralistische Charakter der Bundesrepublik Deutschland in Gefahr ist.

In dieser Situation erlebt die politische Bildung eine Renaissance. Sie wird gefordert, kritisch angefragt und doch häufig zu kurzfristig gedacht. Die Landschaft der außerschulischen, non-formalen politischen Bildung in Deutschland ist im internationalen Vergleich stark aufgestellt. Zentrale Kennzeichen dieser Landschaft sind ihre Vielfalt und zugleich tiefe Verwurzelung in der Zivilgesellschaft. Diese Struktur erscheint gerade heute passend, reflektiert sie doch die zunehmende Pluralisierung von Lebensentwürfen, Zugehörigkeiten und politischen Präferenzen. Sie stellt damit für die aktuellen Aushandlungsprozesse der deutschen Gesellschaft eine unverzichtbare Ressource dar. In diesem Sinne wollen wir mit dem vorliegenden Artikel einige Leitprinzipien für eine politische Bildung in Zeiten von Filterblasen und gesellschaftlicher Polarisierung formulieren und damit einen Beitrag zu einer vielstimmigen Debatte liefern, in der die Akteure der politischen Bildung voneinander lernen und die Profession gemeinsam weiterentwickeln und stärken können.



Demokratie in Unordnung

Die Diversität innerhalb der deutschen Bevölkerung nimmt zu. Sichtbarster Ausdruck dieser Entwicklung ist auch die zunehmende Ausdifferenzierung des Parteiensystems und der Einzug von erstmals sieben Parteien in den Deutschen Bundestag. Damit setzt sich der Trend fort, dass es für Parteien immer schwieriger wird, die Präferenzen größerer Gruppen von Wähler*innen zu einem kohärenten Programm zu aggregieren. Das grundlegende Problem für politische Akteure besteht dabei darin, angesichts komplexer Probleme die diffusen Signale einer zunehmend pluralistischen Bürgerschaft zu verarbeiten und dabei eine Balance zwischen den gestiegenen Anliegen nach partizipativen Formen der Willensbildung einerseits und dem Bedürfnis nach politischer Steuerungsfähigkeit andererseits auszutarieren.¹ Die Attraktivität und auch die potentielle Legitimität populistischer Politikangebote in dieser Konstellation erklären sich dadurch, dass für die Wähler*innen die Komplexität reduziert und mit einigen Kernbotschaften ein Anspruch auf politische Alternativen formuliert wird. Folgerichtig lautet eine Forderung im Umgang mit Populismus an die etablierten Parteien, ihrerseits klarer politische Alternativen und Optionen für die Gestaltung einer Gesellschaft zu benennen, in der sich die Bürger*innen mit ihren Anliegen repräsentiert sehen.

Problematisch und potentiell demokratiegefährdend sind jedoch die zumeist untergründig vorhandenen Einstellungen oder auch offen formulierten Forderungen rechtspopulistischer Akteure, die das Funktionieren der repräsentativen Demokratie und die grundgesetzlich verankerten Individualrechte in Frage stellen, autoritäre und antipluralistische Lösungen befürworten und zum Teil sogar die Ausübung von Gewalt als adäquates Mittel zur Durchsetzung des eigenen Ordnungsempfindens rechtfertigen.² Solche Positionen finden bei einer deutlichen Mehrheit der deutschen Bevölkerung keine Zustimmung, werden aber von einer zunehmend aggressiv auftretenden Minderheit geteilt.

In der Folge wächst das Gefühl der Entfremdung. Der Riss geht durch Wahlkreise, Familien, Nachbarschaften und Betriebe. Er wird deutlich an Wahlergebnissen, Protestbewegungen, in zahlreichen Online-Foren und Kommentarspalten. Er manifestiert sich im Verlust der Dialogfähigkeit und dem vorherrschenden Eindruck, dass Teile der Gesellschaft in Bezug auf ihre wahrgenommenen Realitäten und Zukunftsvisionen in entgegengesetzte Richtungen blicken.

Die Digitalisierung eröffnet neue Kommunikationsmöglichkeiten. Die aktuelle Entwicklung führt uns nun vor Augen, dass diese Erweiterung und Veränderung des politischen Diskurses positive und negative Entwicklungen mit sich bringt. Während vor einigen Jahren in der öffentlichen Wahrnehmung noch die Hoffnung auf eine bereichernde Öffnung von Informations- und Partizipationsmöglichkeiten sowie eine emanzipatorische Nutzung des Internets durch neue Mobilisierungs- und Aktionsformen im Fokus stand,³ entsteht momentan der gegenteilige Eindruck. Immer deutlicher kommt derzeit ans Licht, wie beispielsweise der Präsidentschaftswahlkampf in den USA durch Hacker, gezielte Falschmeldungen, Hassrede und den Einsatz von Computerprogrammen (bots) beeinflusst wurde, die durch automatisierte Beiträge zu einer sprunghaften Verbreitung irreführender Inhalte und damit zu einer Verzerrung des politischen Diskurses beitragen. Die Möglichkeiten der Verbreitung manipulierter Inhalte sind riesig und die Kontroll- und Regulierungsmechanismen vergleichsweise gering. Es besteht die berechtigte Sorge, dass die Infrastruktur der sozialen Medien, bei denen Nutzer*innen primär die Inhalte angezeigt werden, die ihren Interessen und Meinungen entsprechen, zu einer Polarisierung beiträgt.

Beide Entwicklungen – die Polarisierung gesellschaftlicher Diskurse und ihre Verzerrung und Manipulation in digitalen Kommunikationsräumen – machen es notwendig, aktiv Gelegenheiten zu schaffen, in denen Menschen sich miteinander über ihre Anliegen austauschen und politische Alternativen diskutieren können: „Ein intaktes Gemeinwesen ist auf Gelegenheiten angewiesen, bei denen wir uns von Angesicht zu Angesicht begegnen.“⁴ Die folgenden sieben Impulse geben Anregungen dafür, wie dies in der politischen Bildung gelingen kann.

1. Parteinahme für die Demokratie – Professionalität als Grundlage der politischen Bildung

Wer in der politischen Bildung tätig ist, hat in der Regel starke Überzeugungen und engagiert sich dafür häufig auch zivilgesellschaftlich oder politisch. Die politische Bildung als Profession verlangt uns ab, davon soweit Distanz zu gewinnen, dass wir den Minimalanforderungen des Beutelsbacher Konsenses gerecht werden: „Es ist nicht erlaubt, den [Lernenden] im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln. Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen. Der [Lernende] muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren.“⁵ Die Parteinahme gilt damit grundsätzlich den Spielregeln der Demokratie. Kontroversität und Streit sind darin wesentliche Bestandteile und müssen dementsprechend einen zentralen Platz in den Bildungsveranstaltungen und Projekten einnehmen. Parteinahme für die Demokratie heißt aber auch: Meinungen müssen sich im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegen. Wo die Würde und die Grundrechte von Menschen in Frage gestellt werden, gilt es die Grenzen des Sagbaren aktiv mit den Teilnehmenden zu diskutieren. Es ist legitim, diejenigen zu stärken, deren Stimme aufgrund struktureller Ungleichheitsverhältnisse nicht gehört zu werden droht.

2. Wer ist das Volk? – die Auseinandersetzung mit eigenen Dilemmata

Rechtspopulistische Akteure inszenieren sich als Verteidiger der Demokratie und eines vermeintlichen „Volkswillens“. Forderungen nach mehr direkter Demokratie üben auf viele ihrer Unterstützer*innen eine große Anziehungskraft aus und verbinden sich mit dem Anspruch, die vermeintlich korrumpierten und abgehobenen Eliten in die Schranken zu weisen. Diesem Denken wohnt ein antidemokratischer Impuls inne, weil damit eine Diskussion über unterschiedliche Meinungen unmöglich gemacht wird. Indem Populisten für sich einfordern, die Mehrheit eines homogen gedachten Volks zu repräsentieren, führen sie Grundprinzipien der modernen repräsentativen Demokratie ad absurdum.⁶ Auf diese Entwicklungen muss politische Bildung mit Angeboten der Demokratiebildung reagieren, die die Diversität einer Gruppe sichtbar machen und als produktive Ausgangspunkte für eine Auseinandersetzung mit demokratischen Spielregeln nehmen. Dabei müssen also einerseits rechtsstaatliche Prinzipien wie Gewaltenteilung oder Grund- und Minderheitenrechte verstärkt zum Inhalt politischer Bildungsangebote gemacht werden. Dies beinhaltet auch eine Auseinandersetzung mit der vermeintlichen Alternative, die rechtspopulistische Akteure für die Organisation von Demokratien anbieten, und den darin enthaltenen offenkundigen Widersprüchen. Zum anderen sollten Methoden des Demokratielernens einen zentralen Schwerpunkt bilden, durch die die Teilnehmer*innen demokratische Aushandlungsprozesse in der Gruppe selbst erfahren und sich dabei auch mit eigenen Dilemmata im Umgang mit Werte- und Interessenskonflikten sowie angemessenen Modi der Entscheidungsfindung auseinandersetzen.

3. Nur so ein Gefühl – Emotionen Raum geben anstatt vorschnell weg-rationalisieren

Emotionen und erfolgreiche Bildung gehören zusammen. Mit Spaß und Leidenschaft bei der Sache zu sein, ist die beste Voraussetzung für Lernprozesse, die eine kritische Reflexion der eigenen Haltung und der eigenen Interessen in einer Demokratie ermöglichen. Emotionalisierung in politischen Fragen wird zum Problem, wenn die Offenheit verloren geht, eigene Meinungen zu hinterfragen und sich auf andere Positionen einzulassen. Dann ergeben sich immer weniger ernst gemeinte Gespräche zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Das verbreitete Gefühl, selbst nicht gehört zu werden, geht mit der Unfähigkeit einher, anderen und ihren Anliegen Gehör zu schenken. Für die politische Bildung bedeutet dies: Nur wenn Sorgen und Ängste artikuliert werden können, ist es möglich, darüber in einen Austausch zu kommen und diese im Rahmen eines kommunikativen Prozesses in begründbare Anliegen und Interessen zu übersetzen. Politische Bildung sollte daher auch (negative) Emotionen zum Ausgangspunkt demokratischer Aushandlungsprozesse machen und vor emotional aufgeladenen Themen nicht zurückschrecken.⁷

Sie muss in einem ersten Schritt einen methodischen Rahmen bieten, um Emotionen in Bedürfnisse und Interessen zu übersetzen, die für alle nachvollziehbar werden. In einem zweiten Schritt können diese Bedürfnisse und Interessen verhandelt werden. Um dieser Aufgabe nachkommen zu können, muss politische Bildung Emotionen aktiv aufgreifen, ergründen und sie nicht ausblenden oder vorschnell mit rationalen Argumenten als unangemessen verdrängen.

4. Raus aus der Bubble – Diversität herstellen, getrennte Wirklichkeiten aufbrechen

Obwohl es in Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung wie ein Paradox anmutet – der direkte Kontakt mit Menschen mit einer anderen Lebensrealität und mit Andersdenkenden findet nicht automatisch statt. Dazu tragen getrennte Online-Erfahrungen genauso bei wie wenig durchmischte Stadtviertel, ein vermindertes Vereinsleben oder eine frühe Trennung und Spezialisierung in Ausbildungsinstitutionen. Selbst dort, wo es Begegnungen im Alltag gibt, muss daraus kein gegenseitiges Verständnis wachsen. Der Auftrag politischer Bildung besteht daher zum einen darin, aktiv Begegnungen zwischen Teilnehmer*innen mit unterschiedlichen Zugehörigkeiten, Fähigkeiten, Meinungen und Bedürfnissen herzustellen.

Zum anderen müssen das jeweilige Format und die Methoden darauf zielen, gegenseitige Lern-, Aushandlungs- und Verständnisprozesse zu befördern. Diversität herzustellen und produktiv zu nutzen, um getrennte Wahrnehmungen aufzubrechen, wird damit in einer vielfältiger werdenden Gesellschaft zu dem zentralen Gestaltungsprinzip gerade und ganz besonders von außerschulischer politischer Bildung. An dieser Stelle ist notwendig und sinnvoll, Erfahrungen aus dem Bereich der internationalen Jugendbegegnungsarbeit für die politische Jugendbildung im nationalen Kontext nutzbar zu machen und weiterzuentwickeln. Angesichts des Prinzips der Freiwilligkeit der Teilnahme in der außerschulischen politischen Bildung ist es sinnvoll, durch die Kooperation mit unterschiedlichen Partnern aktiv eine heterogene Zusammensetzung der Gruppe herbeizuführen, um bestimmte Lernerfahrungen möglich zu machen.



5. Von wegen „Fake News“ – Informationen, Wissen, Orientierung

„Where is the wisdom we lost in knowledge? Where is the knowledge we lost in information?“, schrieb einst T.S. Elliot.⁸ Heute könnte man hinzufügen: „Where is the information we lost in fake news?“ Denn so genannte „Fake News“, „alternative Fakten“ und Verschwörungstheorien lassen sich im Internet immer schneller und effizienter verbreiten. Gepaart mit der hohen Meinungsppluralität im Netz und der abnehmenden Bedeutung der klassischen Informationsbeschaffung über etablierte Tageszeitungen, Radio oder Fernsehen fällt es schwerer, Tatsachen von Gerüchten und Meinungen zu unterscheiden. Aufgrund der Funktionsweise von Online-Netzwerken und der Algorithmen, die uns Inhalte gemäß unserer Nutzungsgewohnheiten und Präferenzen zuteilen, sinkt die Wahrscheinlichkeit, mit divergierenden Sichtweisen konfrontiert zu werden. Für Jugendliche, die laut einer Nutzerstudie viermal häufiger Informationsquellen im Netz nutzen als Ältere, wirkt sich diese Schwierigkeit besonders gravierend aus.⁹

Wenn der Tatsachengehalt von Nachrichten zunehmend angezweifelt wird, das Rauschen der Informationen abgesicherte Wissensbestände überlagert und somit gemeinsames Orientierungswissen verloren geht, drohen viele politische Bildungskonzepte ins Leere zu laufen. Denn ihre Instrumente und Lerninhalte bauen auf die Auseinandersetzung mit Fakten auf und üben basierend auf den Tatsachen die Abwägung des Für und Wider für bestimmte Argumente ein. Eine grundlegende Fähigkeit von Bürger*innen, die sich im Netz bewegen, besteht demnach darin, Nachrichten ebenso wie Bilder oder Filmaufnahmen auf ihre Verlässlichkeit prüfen zu können. Auf dieser Basis gilt es mit dem Übermaß an Informationen umgehen und daraus Kenntnisse zu bestimmten Themen und Orientierungswissen entwickeln zu können. Daher gilt es, Lerninhalte, wie die Prüfung auf Wahrheitsgehalt einer Nachricht, die Nutzung und Glaubwürdigkeit der Quellenlage, die Rolle und die Standards des Qualitätsjournalismus, aber auch die Frage nach den Profiteuren von und Geschäftsmodellen hinter „Fake News“ stärker in den Fokus politischer Jugendbildung zu rücken.

6. Zukunft gestalten – Das Ende der Alternativlosigkeit

Die eingangs beschriebene Problemanalyse, aber auch die verbreitete Unzufriedenheit angesichts einer immer komplexer und unkontrollierbarer erscheinenden Welt verweisen darauf, dass unsere Demokratien vor neuartigen Herausforderungen stehen. Die derzeitige Polarisierung und die damit einhergehende Fokussierung auf identitätspolitische Themen haben den Effekt, dass die eigentlich zentralen Politikfelder in den Hintergrund gedrängt werden. Auch im zurückliegenden Bundestagswahlkampf war zu beobachten, dass Anliegen der jüngeren Generation und Gestaltungsaufgaben der Zukunft wenig präsent waren. Mögliche Fragen könnten zum Beispiel sein: Wie schaffen wir ein Bildungssystem, das allen jungen Menschen Entwicklungs- und Teilhabechancen bietet? Welche Lösungen sind notwendig, damit mehr Bürger*innen wieder das Gefühl haben, in einer gerechten Gesellschaft zu leben? Welche Reformen des Sozialstaats sind notwendig, um Altersarmut und sozialer Ausgrenzung wirksam zu begegnen? In welche Richtung soll sich Europa entwickeln? Wie sieht die Stadt der Zukunft aus, wenn immer mehr Menschen in die urbanen Zentren ziehen, der Wohnraum knapp wird und die Verkehrssysteme nicht mehr ausreichen? Was muss passieren, damit sich Menschen im ländlichen Raum nicht abgehängt fühlen? Wie sieht eine gelungene Energiewende aus? Wie können langfristig die Ursachen von Krieg und Flucht beseitigt werden? Welche Wünsche und Anliegen haben junge Menschen an die Gesellschaft von morgen? Viele dieser Themen sind kontrovers, scheinen weit außerhalb der eigenen Handlungsmöglichkeiten und machen möglicherweise sogar Angst. Doch gerade diese Themen aufzugreifen, kann dazu beitragen, dem verbreiteten Gefühl von Alternativlosigkeit und Entpolitisierung entgegen zu wirken. Politische Bildung hat die Aufgabe, diese Herausforderungen und die unterschiedlichen politischen Antworten darauf so aufzuarbeiten, dass Jugendliche sie verstehen und sich dazu positionieren können.

7. Dein Handeln zählt – Selbstwirksamkeit und Empowerment

Das Gefühl, etwas bewirken zu können und ein wichtiger Teil dieser Gesellschaft zu sein, wird im Kleinen erfahren und erlernt. Ein zentrales Element gelingender politischer Bildung besteht somit darin, die großen Themen mit der Lebenswelt und den eigenen Handlungsmöglichkeiten zu verbinden. Die eigene Familie, die eigene Schule, der eigene Betrieb, das eigene Dorf oder die eigene Stadt sind dafür nach wie vor die wichtigsten Orte. Politische Bildung muss mehr denn je die Fähigkeiten vermitteln, mit denen Verantwortung im Kleinen übernommen werden kann. Gerade die Digitalisierung bietet aber auch vielfältige Möglichkeiten, von anderen zu lernen, sich von Geschichten des Gelingens inspirieren zu lassen und sich online zu vernetzen, wenn man dort, wo man sich selbst engagiert, mit seinen Anliegen allein zu stehen scheint. Gerade für diejenigen, die sich angesichts einer immer stärker werdenden Demokratiefeindlichkeit für die offene Gesellschaft engagieren wollen, muss politische Bildung dazu beitragen, Ehrenamtliche zu qualifizieren und wirksame Netzwerke zu etablieren.

Politische Bildung braucht eine tragfähige Infrastruktur

Die keinesfalls abschließenden Ausführungen zeigen, dass die Aufgaben und Anforderungen an politische Bildung mit den tiefgreifenden Veränderungen der Demokratie durch Digitalisierung und die Polarisierung der Gesellschaft wachsen. Eine politische Bildung, die auf Diversität, Demokratiebildung und Empowerment zielt, ist ein komplexes Handlungsfeld. Sie erfordert ein hohes fachliches Wissen im Hinblick auf politische und gesellschaftliche Entwicklungen, eine ständige Selbstreflexion der eigenen Haltung und methodische Kompetenzen. Sie muss in Netzwerkstrukturen arbeiten und mit anderen Akteuren wirkungsvolle Projekte entwickeln. Und sie muss mit Personen und Bildungsstätten stark vor Ort vertreten sein. Denn ein Bildungsangebot, das in Berlin funktioniert, muss in einer ländlichen Region in Mecklenburg-Vorpommern vielleicht ganz anders gestrickt sein.

Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, braucht die politische Bildung mehr denn je eine verlässliche und vielfältige Infrastruktur von Netzwerkstellen, die diese Themen dauerhaft bearbeiten. Nur auf diese Weise können einerseits bewährte Strategien verstetigt und andererseits neue flexible Handlungsmuster erprobt werden. Voraussetzung dafür ist eine langfristig angelegte Strukturförderung.

Die politische Bildung ist in Bezug auf die beschriebenen gesellschaftspolitischen Herausforderungen kein Allheilmittel. Sie leistet aber einen wichtigen Beitrag zu einer Überwindung der gesellschaftlichen Desintegrationsprozesse und zur Stärkung der Demokratie in Deutschland.

1. Vgl. Michelsen, Danny; Walter, Franz (2013): Unpolitische Demokratie. Zur Krise der Repräsentation. Berlin: Suhrkamp, S. 18 ff. Jantschek, Ole (2014): Revolution: Evolution. Von der Generation Y, der unpolitischen Demokratie und den Aufgaben politischer Jugendbildung, in: Jantschek, Ole; Waldmann, Klaus (Hg.): Jung, aktiv, vernetzt – Politische Jugendbildung und der Wandel der Demokratie. Jahrbuch der gesellschaftspolitischen Jugendbildung 2014. Berlin, S. 8-17.
2. Zick, Andreas; Küpper, Beate; Krause, Daniela (2016): Gespaltene Mitte, feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Berlin.
3. Vgl. Jantschek, Ole; Knemeyer, Ann-Katrin (2016): Politisches Handeln in der digitalen Demokratie, in: Jantschek, Ole; Waldmann, Klaus (Hg.): Shape the Future. Digitale Medien in der politischen Jugendbildung. Schwalbach /Ts., S. 130-143.
4. Wiebicke, Jürgen (2017): Zehn Regeln für Demokratie-Retter. Bonn, S. 26.
5. Vgl. „Beutelsbacher Konsens“. Bundeszentrale für politische Bildung. 7.4.2011. Online verfügbar: <http://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens>. Zugriff: 07.10.2017.
6. Müller, Hans-Werner (2015): Was ist Populismus? Frankfurt/M.
7. Vgl. Besand, Anja (2017): Rechtspopulismus und politische Bildung. In: Politikum 2/2017.
8. T.S. Elliot zitiert nach Willemsen, Roger (2016): Wer wir waren. Zukunftrede. Frankfurt am Main, S. 26.
9. van Eimeren, Birgit; Koch, Wolfgang (2015): Nachrichtenkonsum im Netz steigt an – auch klassische Medien profitieren: Media Perspektiven 5/2016. Online verfügbar: www.ard-zdf-onlinestudie.de/files/2015/05-2016_van_Eimeren_Koch__1_.pdf. Zugriff: 07.10.2017.

Hanna Lorenzen ist Bundestutorin der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung und Stellvertretende Generalsekretärin der Evangelischen Akademien in Deutschland. Ole Jantschek ist Pädagogischer Leiter der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung.

*Dieser Artikel ist erschienen in: Jantschek, Ole; Lorenzen, Hanna (Hrsg.): Getrennte Wirklichkeiten? Demokratiebildung in Zeiten von Filterblasen und gesellschaftlicher Polarisierung. Jahrbuch 2017. Ev. Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung. Berlin, S. 8-15.
www.politische-jugendbildung-et.de*